

**Interview mit Dr. Max Otto Bruker  
aus dem Gesundheitsberater  
Februar 1993**

## **»Menschen in Not gehört geholfen«**

### **Ausländerfeindlichkeit, Misere in Deutschland-Ost, Atomkraftwerke**

Sollen wir Deutschen den Asylanten die Türe zuschlagen? Sind die Probleme der neuen Bundesländer unlösbar? Hat sich die atomare Gefahr seit dem GAU von Tschernobyl verflüchtigt? Für den »Gesundheitsberater« unterhielt sich Dr. Mathias Jung mit Dr. Max Otto Bruker.

*Wir erleben im Augenblick eine Welle des Ausländerhasses. Wie berührt Sie das?*

Das finde ich furchtbar und empörend. Zu dem wohl ältesten Menschenrecht gehört das Menschenrecht auf Asyl. Wenn Menschen sich ihres Lebens nicht mehr sicher sind, weil sie psychisch und physisch bedroht werden, wenn offensichtlich Morde geschehen, dann darf man nicht zusehen, sondern muß diesen bedrohten Menschen Schutz und Hilfe anbieten – unabhängig von allen politischen und nationalen Gegebenheiten. Dies ist eine rein humane Angelegenheit und nicht diskutierbar!

*Hat das »Menschenrecht aufs Asyl« in Ihrem Leben eine Rolle gespielt?*

Ich habe in den dreißiger Jahren in Bremen meine Praxis von einem jüdischen Kollegen übernommen. In der Folge hatte ich im Dritten Reich auch viele jüdische Patienten. Selbstverständlich half ich ihnen. Ich hielt einige versteckt und ermöglichte

ihnen dann die Flucht nach England. Das war eine Selbstverständlichkeit für mich, nicht nur als Mitbürger, sondern auch als Arzt.

*Sie treten für eine Bundesrepublik als »multikulturelle Gesellschaft« ein. Was bringen uns die ausländischen Mitbürger? Womit bereichern sie unser Leben?*

Wenn wir den Menschen anderer Hautfarbe, anderer Nationalität mit offenen Augen und Ohren begegnen, würden wir schnell etwas Wesentliches merken: Sie können nicht nur unser Wissen über fremde Kulturen erweitern, sondern uns auch echte Menschlichkeit lehren. Sie sind ja noch nicht so »verbildet« wie wir Übersatten. Ich stelle immer wieder fest: In einer türkischen Putzfrau steckt oft mehr Humanität und vitale Intelligenz als in einem deutschen Akademiker.

*Was tun gegen Ausländerhaß?*

In der Europäischen Gemeinschaft fielen am 1. Januar dieses Jahres die Schlagbäume. In Brüssel haben die Bürger das mit einem riesigen Feuerwerk gefeiert! In einem Zeitalter, in dem man ohne Zollkontrolle die mitteleuropäischen Grenzen überschreiten und innerhalb von Stunden alle Kontinente erreichen kann und sich die Vision einer »grenzenlosen« Welt vor unseren Augen abzeichnet, müssen wir endlich begreifen

lernen, daß wir im Sinne von Beethovens grandioser »Hymne an die Freude« Brüder und Schwestern sind. Was jeder von uns konkret tun kann? Auf den Nächsten, der ein Ausländer ist, zugehen: mit ihm reden, für seine Probleme Verständnis haben, ihm menschlich begegnen. Letztendlich ist jeder von uns »Ausländer«, sobald er den Fuß über noch vorhandene Grenzen setzt.

*Und die Bonner Politik?*

Die verantwortlichen Politiker sind aus ihrer Verantwortung geflüchtet. Das ist scharf zu kritisieren. Man kann nicht Millionen Menschen aus anderen Ländern Einlaß gewähren, ohne sich vorher darüber klar zu sein, daß ihnen ein soziales und kulturelles Leben in einer Wohlstandsgesellschaft ermöglicht werden muß. Dafür muß rechtzeitig Geld bereitgestellt werden. Es sind Wohnungen, soziale Einrichtungen und Arbeitsplätze zu organisieren, damit nicht ohnehin schon vorhandene soziale Widersprüche noch verschärft werden. Die Asylanten und Aussiedler einfach nur »anzusiedeln« und sie sich dann selbst zu überlassen, führt in die soziale Sackgasse und provoziert, wie wir sehen, Spannungen bei den »Einheimischen«. Was natürlich die entsetzlichen Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher gegen Asylantenheime, Türken, Vietnamesen und andere Minderheiten nicht entschuldigt oder bagatellisiert. Gegen

die Brandstifter und Totschläger müssen wir – anstatt am grundgesetzlich garantierten Recht auf Asyl juristisch herumzuschneipeln – mit allen juristischen und polizeilichen Mitteln des Rechtsstaates energisch vorgehen.

Was unser Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern in der Bundesrepublik angeht, sollten wir uns vielleicht folgende Geschichte, die ich sehr liebe, »hinter den Spiegel kleben«:

Ein alter Rabbi fragte einst seine Schüler. »Wie bestimmt man die Stunde, in der die Nacht endet und der Tag beginnt?«

»Ist es, wenn man von weitem einen Hund von einem Schaf unterscheiden kann?« fragte einer der Schüler.

»Nein«, sagte der Rabbi.

»Ist es, wenn man von weitem einen Dattel- von einem Feigenbaum unterscheiden kann?« fragte ein anderer.

»Nein«, sagte der Rabbi.

»Aber was ist es dann?« fragten die Schüler.

»Es ist dann«, antwortete endlich der weise Rabbi, »wenn du in das Gesicht irgendeines Menschen blicken kannst und deine Schwester oder deinen Bruder siehst. Bis dahin ist die Nacht noch bei uns.«

*Ein weiteres Thema beschäftigt die Bundesbürger brennend: das Problem der neuen Bundesländer. Sie, lieber Max Otto Bruker, sind mehrfach vor großem Publikum in den neuen Bundesländern aufgetreten, zuletzt noch Ende Dezember 1992 beim B.U.N.D.-Jugendkongreß »Landwirtschaft und Ernährung« in Magdeburg. Wie beurteilen Sie die wirtschaftlich-moralische Lage im »Osten«? Wie haben Sie die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze empfunden?*

Der Fall der Mauer im November 1989 war das für mich beeindruckendste menschliche Erlebnis seit Jahren. Erschrocken

war ich allerdings über die kurz-sichtige Politik der Kohl-und-Company-Regierung wie der letzten DDR-Regierungen nach der Wende unter Egon Krenz, Hans Modrow und Lothar de Maizière: Hüben wie drüben war niemand auf diese Wende vorbereitet, weder politisch, ökonomisch noch psychologisch. Das wirkte sich bald verheerend aus, besonders im Osten. Denn sehen Sie, Menschen, denen über Jahrzehnte vorgeschrieben wird, was sie erleben, sprechen, denken, fühlen, sehen und tun sollen und dürfen, sind einem psychischen Terror ausgesetzt. Der muß sich entladen. Der bekannte Hallenser Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz, der übrigens während der kommenden GGB-Tagung zu uns sprechen wird, konstatiert in diesem Zusammenhang in seinem Buch »Der Gefühlsstau«: »Eine wichtige Besonderheit des Lebens in der DDR war die ausgesprochene Infantilität. Ein ganzes Volk wurde in ewiger »Kindheit« gehalten, so wie man Kinder mit der »schwarzen« Pädagogik quält, verdummt und kleinhält. Der Staat war der große, allwissende, immer recht behaltende, autoritäre, alles bestimmende »Vater«. Und: »Die häufigsten Charakterverformungen in der DDR als Folge der repressiven Erziehung und als Kompensationsversuche für den erlebten Mangel sind der gehemmte und der zwanghafte Charakter.« Dr. Maaz gelangt zu dem alarmierenden Schluß: »Ich traue keiner »Wende«, solange nicht glaubhafte Zeugnisse des Versagens, der personalen Verantwortung und persönlichen Schuld zur Alltagskultur zählen.«

Ich meine, diese läuternde Reinigung, die schmerzhaft und befreiende Katharsis, ist in der Ex-DDR ausgeblieben. Umgekehrt sah und sieht die Bonner Politik in der bedingungslosen Kapitulation des zweiten deutschen Staates eine Rechtfertigung für die schrankenlose Überlegenheit und Perfektion unseres westlichen Systems: An

ihm darf keine Kritik mehr geübt werden. Das wäre sozusagen Gotteslästerung! Ich darf noch einmal Maaz zitieren: »Die größte Gefahr für die »real existierende Marktwirtschaft« wäre doch jener dritte Weg, der zu größerer innerer Freiheit und zur besseren Befriedigung der natürlichen Grundbedürfnisse führen würde. Damit wäre die Konsumgesellschaft erledigt, und das muß um jeden Preis verhindert werden. Die DDR muß marktgerecht gewendet werden – das ist der beiderseitige Wunsch. Die Alternative wäre auf beiden Seiten eine schmerzliche Trauerarbeit.«

## **»Wo der hemmungslose Gewinn das Ziel bildet, bildet die hohe Dauerarbeitslosigkeit die zwangsläufige Folge.«**

Die psychologische Lage der Deutschen in den neuen Bundesländern ist schwer. Druck erzeugt Gegendruck oder Resignation, Zerstörung der Persönlichkeit, Aggression, hervorgerufen durch Angst und Bedrohung. Nicht allen Bewohnern der sogenannten neuen Bundesländer dürfte es so schnell gelingen, nach Jahren der Unterwerfung ein gesundes Selbstwertgefühl zu entwickeln. Es liegt nun an uns, unseren Nachbarn das Gefühl des Angenommenseins, der Verbundenheit, der Zugehörigkeit zu vermitteln. Offensichtlich versagen wir hemmungslos Konsumorientierten hierin gänzlich.

*Politik und Wirtschaft setzen also an die Stelle des alten moralischen Staatssozialismus einen*

*rücksichtslosen Manchesterkapitalismus mit Raffprinzip und hoher Dauerarbeitslosigkeit. Was wären denn die Alternativen dazu?*

Die Überschwemmung der östlichen Bundesländer durch unsere ausschließlich profitorientierte Großindustrie ist erschreckend. Wirtschaftskonzerne und Politik sehen Rationalisierung, Wachstum und High-Tech-Technologie als oberste Maxime. Unsere Politiker predigen von morgens bis abends Wachstum, Wachstum, Wachstum – ungeachtet der dadurch zyklisch ausgelösten Überproduktions- und Absatzkrisen. Jedes Lebewesen unterliegt einer natürlichen Wachstumsgrenze. Logischerweise auch jede Produktion. Wohin das künstlich stimulierte Wachstum,

zwangsläufige Folge. Tatsächlich könnte in den neuen Bundesländern geradezu modellhaft ein neues Leben und Wirtschaftsleben entstehen, die nicht an der – im Wortsinn – lebensgefährlichen Gesellschaftskonzeption der traditionellen Industriestaaten festhalten. Dazu ist in erster Linie ein Umdenken bei uns nötig. Wir Verbraucher haben die Zerstörung wie den Erhalt unserer Welt und unserer Umwelt in den Händen: Es kann und darf nicht mehr alles ge-

Haben der »Ersten Welt« und dem Nicht-Haben der »Dritten Welt« ist erschreckend; es scheint fast unüberbrückbar. Die Entwicklungsländer und die zusammengebrochene Sowjetunion haben sich bis heute mit über 1000 Milliarden Dollar an die Industrieländer verschuldet. Auch mit vielfältigen Umschulungsmaßnahmen konnte die Verschuldungskrise nicht gelöst werden. Im Gegenteil, die Schere zwischen den »reichen« und den »armen« Ländern öffnet sich Jahr für Jahr noch weiter.

Schlimmer noch: Die vom Internationalen Währungsfond (IWF), den Industriestaaten und den mächtigen Gläubigerbanken vorgeschriebenen Anpassungsmaßnahmen zwingen die Entwicklungsländer in weitere wirtschaftliche Rezession und Abhängigkeit. In diesem Teufels-



*Dr. M. O. Bruker mit seinen engsten Mitarbeitern: Ilse Gutjahr, Geschäftsführerin der Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB, und Dr. phil. Mathias Jung, Lebensberater und Psychotherapeut im »Dr. Max Otto Bruker Haus« in Lahnstein. Dr. M. O. Bruker, scherzhaft Deutschlands »Vollwertpapst« genannt, schrieb über zwanzig wissenschaftliche und populäre medizinische Ratgeber mit über drei Millionen Auflage und dreimal soviel Lesern. Sind rund zehn Millionen Leser im Sinne Jutta Ditfurths potentielle Ökofaschisten?*

der durch Dauerwerbung geweckte unnatürliche Bedarf, führt – wir alle leiden nach Erich Fromm am gierigen äußerlichen »Haben« und verlieren darüber das sinnerfüllte »Sein« –, sehen wir an unseren Müllbergen, unserer Wegwerfgesellschaft, an der globalen Ausbeutung, Vergiftung und Zerstörung unseres schönen blauen Planeten.

Wo der hemmungslose Gewinn das Ziel bildet, bildet die hohe Dauerarbeitslosigkeit die

macht und konsumiert werden, was möglich ist. Wir müssen den Götzen »Gewinn« von seinem Thron stürzen.

*Das wäre auch von Bedeutung für die Dritte Welt ...*

Ja. Wenn wir das Elend dort wie hier abschaffen wollen, kommen wir an der Geldfrage und somit am Zinsproblem nicht vorbei. Das Gefälle zwischen dem

kreis – wachsender Schuldendienst und erdrückende neue Kredite – verstärkt sich das Massenelend in der Dritten Welt gesetzmäßig.

Das alles wäre änderbar, wenn den Herrschenden die Möglichkeit der Kapitalanhäufung durch leistungsloses Einkommen – also Zins – genommen würde. Es ist nur wenigen klar, daß sie beim Kauf eines Produkts den größten Teil des Betrages für den Zins zahlen, den andere Ver-

mögende einstreichen. Es ist kaum bekannt, daß große Firmen jährlich an Zinseinnahmen mehr verdienen als an ihrer gesamten Jahresproduktion. Fragen Sie zum Beispiel mal die Vorstandsherren von Daimler Benz in Stuttgart, wieviel »totes Kapital« sie mit horrenden Gewinnen bei den Banken und in Wertpapieren angelegt haben! Zins ist Wucher. Er frißt den »kleinen Mann« auf, auch wenn dieser meint, jede Mark »verzinst« anlegen zu müssen und sich über seine bescheidene jährliche Zinsausschüttung freut.

*Aber eine Wirtschaft ohne Zins, das geht doch gar nicht?!*

Doch! Schafften wir ein neues Wirtschaftssystem, in dem der Zins stark gedrosselt wird, würde sich das Blatt wenden. Die wirtschaftlich Mächtigen könnten das Geld nicht länger mehr horten, nicht länger »thesaurieren«, Schätze bilden. Es käme zwangsläufig in Umlauf – also dahin, wo es hingehört. Ich wiederhole noch einmal: Uns ist im Alltag die Tatsache nicht bewußt, daß in jeder Ware, jeder Miete, in jeder Dienstleistung hohe Zinsbeträge verborgen sind, die wir bezahlen müssen. Eine Änderung dieser seit Jahrhunderten bestehenden Verhältnisse ist nur möglich durch die systematische Aufklärung der Bevölkerung. Diese wirtschaftlichen Zusammenhänge sind unsichtbar, sie müssen den Menschen bewußt gemacht werden.

*Wo kann man sich darüber informieren?*

Der Praktiker und in Lateinamerika tätige Überseekaufmann Silvio Gesell (1862–1930) hat das getan. In seinem Werk »Natürliche Wirtschaftsordnung« (erhältlich im emu-Verlag) beschreibt er die Möglichkeit einer sozial ausgewogenen Gesellschaft. Er weist auf die Wider-

## **Ein Radikaler bin ich nicht, wohl aber »radikal«, weil ich überall die »radix«, die Wurzel, die Ursache suche.**

sprüche und Mißstände hin, die durch »arbeitsloses Einkommen«, das heißt durch die Zinswirtschaft, entsteht.

So wie jetzt geht es jedenfalls nicht mehr weiter. Profitphilosophie und Luxusgesellschaft auf Kosten der ausgegrenzten »Sozialschwachen« hierzulande und der Dritten Welt insgesamt machen aus Europa ein »Grandhotel Abgrund«: »Weniger ist mehr« – das ist es, was wir in Zukunft lernen müssen. Sonst ist der Zusammenbruch unseres angeblichen Fortschritts unvermeidbar!

*Ein abschließender Komplex – die Frage der industriellen Nutzung der Atomenergie. Wenn ich es recht sehe, hält auch die gegenwärtige Koalition im Kern an ihrer jahrzehntelangen Position fest. Dies wurde im »4. Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973 bis 1976« wie folgt definiert: Die Bundesregierung ist der Meinung, die Atomenergie ist ein »in hohem Maße umweltfreundlicher Energieträger«; »die Kernenergie weist heute eine hervorragende Sicherheitsbilanz« auf; die Luftverschmutzung ist bei Atomkraftwerken geringer als bei fossil beheizten, und »das gegenwärtige Ausmaß der Freisetzung radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken und sonstigen kerntechnischen Anlagen ist nach aller Kenntnis unschädlich«. Warum halten Sie an Ihrem Nein zur Atomenergie fest?*

Weil wir Ärzte die Folgen der atomaren Politik und der damit

verbundenen lebensgefährlichen radioaktiven Verseuchung täglich in der Praxis erleben. Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht um Rat wegen einer Krebserkrankung gebeten werde. In zunehmendem Maße werden heute Kinder vom Krebs betroffen. Krebs bei Kindern und Jugendlichen bildete vor einem halben Jahrhundert, als ich als junger Arzt praktizierte, eine medizinische Ausnahme. Die Zunahme des Krebses als eine der häufigsten Todesursachen und toxischen Zivilisationskrankheiten ist beängstigend. Darüber berichtet die Presse nicht fundiert. Es ist bekannt, daß in der Nähe von Atomkraftwerken mehr Todesfälle durch Krebs und Leukämie auftreten als anderswo. Darüber werden keine Statistiken veröffentlicht, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen. Die Folgen nach Tschernobyl sind unvorstellbar grauenvoll, das Ausmaß ist immer noch nicht abzusehen. Obwohl der GAU, der größte anzunehmende Unfall, bereits 1986 passiert ist, läßt man erst jetzt und auch nur zögerlich Fakten über die erhöhte Todesrate, Mißbildungen und Folgeerkrankungen durchsickern.

*Die Atomlobby operiert mit dem Argument, der steigende Energiebedarf sei in Zukunft nur durch Atomkernspaltung zu decken...*

Ja – und mit den weiteren zwei Lügen, daß der Strom durch Atomkernspaltung billiger würde und die Atomkraftwerke gefahrlos seien. Tatsächlich ist der Atomstrom teurer – denken Sie allein an die Milliarden Mark, die für den Atommeiler Kalkar in NRW in den Sand gesetzt wurden. Die Öl- und Kohlevorräte decken, nach Ansicht kompetenter Fachleute, den Energiebedarf noch mindestens 150 resp. 400 Jahre. Kennzeichnend für die interessenabhängige Energiepolitik Bonns ist doch, daß sie für die Erfor-

schung alternativer Energieressourcen, also von Sonnen-, Wind- und Gezeitenenergie, nur verhältnismäßig lächerliche Summen bewilligt. Warum? Sehen Sie, die Sonnenenergie ist im Prinzip kostenlos. Die Sonne hat keinen Besitzer. Die Sonne hat keine Lobby in den Wandelgängen des Bundestags. Gehörte die Sonne einem Konzern, sagen wir Siemens oder RWE, so würde unsere gute Mutter Sonne unverzüglich vermarktet und ihre unerschöpfliche und unschädliche Energie nutzbringend vermarktet! Zu fordern ist die großangelegte staatliche Subvention alternativer Energiegewinnung. Um ein kleines Zeichen zu setzen und die Praktikabilität sanfter Energiegewinnung vor Augen zu führen, installieren wir übrigens auf dem Grasdach unseres »Max Otto Bruker Hauses« auf der Lahnhöhe Sonnenkollektoren und beziehen das Prinzip der Fotovoltaik zur »natürlichen Beleuchtung« ein.

*Fast dreißig Jahre lang engagieren Sie sich bereits gegen die atomare Verantwortungslosigkeit. Gegen den Atomreaktor Würgassen demonstrierten Sie bereits in den 60er Jahren, mit einem Megaphon »bewaffnet«, vor Ort. Mit beißend scharfen Memoranden, öffentlichen »Eingwendungen« und Streitschriften wie »Weil du beim Reaktor wohnst, mußt du früher sterben« »bombardierte« Sie die Verantwortlichen. Die Gegner bezeichneten Sie bald als »Linksradikalen«, bald als »Rechtsradikalen«. Auf dem Höhepunkt Ihres Anti-Atom-Kampfes wurde sogar Ihr ärztliches Büro von der Polizei durch-*

*sucht. Man behauptete in der Presse, Sie bekämen für Ihr Anti-AKW-Engagement »Geld aus dem Osten«. Sind Sie ein Radikaler?*

Da kann ich nur lächeln. Lesen Sie meine Bücher, lesen Sie meine Broschüren, lesen Sie alle Jahrgänge »Gesundheitsberater«, hören Sie die über hundert Kassetten, die meine Vorträge und Lehrtätigkeit dokumentieren – ich spende 10000 Mark für einen guten Zweck, wenn Sie eine rechts- oder linksradikale Formulierung finden. Ich habe mich ein einziges Mal politisch mißbraucht gefühlt. Als nämlich, Anfang der achtziger Jahre, die deutsche Sektion des internationalen »Weltbund zum Schutze des Lebens«, der übrigens stark gegen das Atomprogramm opponierte, durch einige Führungsmitglieder in ultrarechtes Fahrwasser gedrängt werden sollte. Da habe ich als Präsident der deutschen Sektion unter Protest das Amt niedergelegt. Nicht mit mir! Dieser Tage hat Jutta Ditzfurth diesen verlogenen Dreck wieder aufgewärmt. Sie bezeichnet mich allen Ernstes als »schillernde Figur in der ökofaschistischen (!) Szene«. Ihr Vater war seinerzeit der stärkste Atombefürworter und in der Würgassen-Zeit mein Gegner. Er hat immerhin zu Lebzeiten dazugelernt ...

Um jedoch Ihre Frage zu beantworten: Ein Radikaler bin ich nicht, wohl aber »radikal«. Weil ich überall die »radix«, die Wurzel, die Ursache, suche, bei den Krankheiten wie bei der Gesellschaft. Und da ist nun einmal evident: Der GAU, der sich angeblich nie ereignen sollte, ist im Todesreaktor von Tschernobyl fatale Wirklichkeit geworden.

Die Katastrophe ist unter Beweis gestellt. Nennen Sie mich ruhig »radikal«, wenn ich die Atomlobby und die damit liierten Politiker als Kriminelle bezeichne – solange sie nämlich ein Massenvernichtungsmittel euphemistisch als »friedliche Kernenergie« etikettieren. Solange sie Atommüllendlager als »Entsorgungsparks« verniedlichen. Solange sie die Atomkraftwerke, in denen krebserregende radioaktive Isotope erzeugt werden, als »sichere Kernkraftwerke« bezeichnen und sie mitten in dichtbesiedelte Gebiete Europas platzieren.

Schließlich ist es ein offenes Geheimnis, daß grundsätzlich jeder Staat, der im Besitz eines Atomkraftwerks ist, nach gewisser Zeit, der Erwerbung des dazu nötigen Know-how und der im Reaktor erzeugten notwendigen Ausgangsstoffe in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen. Wurde nicht im Golfkrieg fieberhaft nach der – durchaus denkbaren – Atombomben-Produktionsstätte des Iraks gesucht? Wäre einem Sadam Hussein nicht zuzutrauen gewesen, eine Atombombe über Israel abzuwerfen? Und war nicht plötzlich die Rede davon, daß Israel im Besitz von selbst erzeugten Atombomben sei und mit diesen seinen Überlebenskampf zu führen bereit sei? Nicht auszu-denken, was hier jeden Tag vor unserer Haustür losbrechen kann! Im militärischen Mißbrauch der Atomenergie durch politische Hasardeure und nationale Verzweiflungstäter liegt eine der ungeheuerlichsten Gefahrenpotentiale der Menschheit. Ist das nicht alles »kriminell«, frage ich Sie?

**Dieser Brief kann kostenlos angefordert werden bei:  
Gesellschaft für Gesundheitsberatung GGB, Taunusblick 1 a, 56112 Lahnstein,  
Tel. 02621/917010, Fax 02621/917033**